

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

13. Oktober 2022
1 von 2

**Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten
Einwohnerenergiegeldes sicherstellen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.614 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Hesse

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister und die zuständigen Amtsleiter berichten im Ausschuss zu den Informationsgrundlagen und Kontakten zum Bundesarbeitsministerium in punkto Rechtssicherheit, während der Vorbereitung und Umsetzung des EEG und setzt die Ausschüsse in Kenntnis ab wann er von der Anrechenbarkeit des Zuschusses auf das Einkommen von Transferleistungsbezieher*innen wusste.
2. Als Ergänzung zum bisherigen Beschluss zum Einwohnerenergiegeld wird 2022 zusätzlich ein Notfallfonds eingerichtet, über den Menschen im Transferleistungsbezug das EEG niedrigschwellig und rechtssicher beantragen können, so dass es nicht als Einkommen angerechnet wird. So wird sichergestellt, dass der Entscheidung der Stadtverordneten zu dem Thema EEG, nämlich dieses Geld für alle Einwohner*innen mit Erstwohnsitz in Kassel zugänglich zu machen -unabhängig von der Einkommenssituation-, Rechnung getragen wird.

Wohlsituierte Menschen, die den Zuschuss nicht benötigen, können das Geld zudem in den Notfallfonds übertragen. Weiterhin wird vorsorglich im Jahr 2022 ein Teil des EEG Topfes in den Notfallfonds transferiert, in Anlehnung an eine Hochrechnung der zuständigen Verwaltungsstellen zum erforderlichen Volumen in Bezug auf die aktuelle Zahl der Transferleistungsbezieher*innen in der Stadt Kassel.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

2 von 2

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE betr. Auszahlungsmodalitäten und Nicht-Anrechenbarkeit des geplanten Einwohnerenergiegeldes sicherstellen, 101.19.614, wird **abgelehnt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin